

Kulturmanager am Pranger der Politik

Beschlüsse heute fast Nebensache: Generalkritik an der Lindenbrauerei

Von Sebastian Smulka

UNNA ■ Es ist Zahntag in der Politik – und ein Tag der Abrechnung. Die heutigen Sondersitzungen von Kulturausschuss und Stadtrat versprechen deutliche Mehrheiten für die Schuldenhilfen in Lichtkunst und Lindenbrauerei. Kritische Kommentare zielen vermutlich nicht auf den politischen Mitbewerber, sondern auf die Führung der Lindenbrauerei.

380 000 Euro sollen die politischen Gremien in ihren heutigen Sondersitzungen freigeben. Dafür stimmen nicht alle Befürworter mit größter Begeisterung, zumindest aber mit ausreichender Bereitwilligkeit. Die Vorbereitungen der Fraktionen versprechen eine klare Mehrheit für das 200 000 Euro schwere Rettungspaket zur Abwendung der Insolvenz in der Lindenbrauerei. Doch auch das Lichtkunstzentrum scheint im Kielwasser des Eilbeschlusses in den sicheren Hafen zu gelangen: SPD und FLU wollen heute auch den Schuldenschnitt für den Lichtkunstverein durchsetzen – und weitere 180 000 Euro ausgeben.

Die Diskussionen darüber dürften sich auf das Maß beschränken, das die Gepflogenheiten des politischen Diskurses in Unna als notwendig vorgeben. Denn im Grunde sind alle Argumente mehrfach ausgetauscht worden. Wenn die Fraktionen zum verbalen Schlag ausholen, trifft dies vermutlich weniger die politischen Mitbewerber, als insbesondere die Führung der Lindenbrauerei.

Dass die Finanzkrise im Kulturzentrum nicht aus dem heiteren Himmel gefallen ist, darüber sind sich alle Kräfte im Stadtrat einig. So wird es in der Aufbereitung heute auch um Managementfehler und grundsätzli-

che Probleme des Modells der „freien Trägerschaft“ gehen. Zudem gossen die Verantwortlichen des Kulturzentrums auch noch selbst Öl ins Feuer durch Äußerungen, die bei der Politik für Verstimmung sorgten.

So stand die FLU zwischenzeitlich kurz davor, die heutigen Sitzungen zu boykottieren. Stein des Anstoßes war ein TV-Auftritt von Regina Ranft, in dem die Geschäftsführerin den für heute angesetzten Beschluss bereits als gefasst verlautbarte. Aber auch die Forderung nach dauerhaft höheren Zuschüssen durch die Stadt kam im Empfinden mehrerer Politiker zu einer „Unzeit“. Am Wochenende übrigens dementierten Trägerverein und Belegschaft in einer Stellungnahme, dass es eine konkrete Forderung nach einem 50-prozentigen Aufschlag auf dann 300 000 Euro Grundförderung pro Jahr gegeben habe.

Regina Ranft indes fehlt bei den Unterzeichnern des Schreibens. Die langjährige Geschäftsführerin des Kulturzentrums scheint politisch mehr und mehr an Rückhalt zu verlieren. CDU und FDP fordern offen personelle Konsequenzen.

Doch auch die Unterstützung durch die SPD bröckelt. Fraktionschef Michael Hoffmann will ihr als Vorsitzender des Kulturausschusses heute kein Rederecht einräumen. Man spricht nicht mehr mit Regina Ranft, sondern über sie.

Generalkritik an Kulturarbeit

UNNA ■ In den Sondersitzungen zur Kulturfinanzierung dürften die eigentlichen Beschlüsse heute fast schon nebensächlich werden. Stattdessen deutet sich eine „Abrechnung“ mit der Führung der Lindenbrauerei an.

■ Seite 9

